

MORNING NEWS

26. März 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	22.957,08	320,17	1,41	22.636,91	DJ 30	46.429,49	305,43	0,66	46.124,06
MDAX	28.821,32	696,21	2,48	28.125,11	NASDAQ	24.162,98	160,53	0,67	24.002,45
TEC DAX	3.485,56	77,03	2,26	3.408,53	Nikkei 225	53.375,37	-374,25	-0,70	53.749,62
Euro Stoxx50	5.649,33	68,04	1,22	5.581,29	Hang Seng	24.858,32	-477,63	-1,89	25.335,95
Bund Future	125,61	-0,37	-0,29	125,98	Euro / US-\$	1,1561	0,00	0,02	1,1559
Gold in US-\$	4.454,42	-51,58	-1,14	4.506,00	Öl (Brent) US-\$	104,22	2,00	1,96	102,22
Bitcoin / US-\$	69.959,77	-1.023,09	-1,44	70.982,79	Ethereum / US-\$	2.115,33	-50,93	-2,35	2.166,22

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	22.718	-239
NASDAQ Future	24.269,00	-98,75

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	146,14	-0,76	-0,01	146,90	168,95	2.449.856,00
Nokia OJ	7,27	-0,03	-0,00	7,30	8,41	55.987.683,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
Heidelberg Materials	HEIG.DE	Geschäftsbericht	07:00	n/a
DAX / MDAX	Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang			
Europäische Unternehmen	Next (08:00 Q4), Hennes & Mauritz (08:00 Q1), Pirelli (17:50 Q4)			

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	GfK Verbrauchervertrauen	April	08:00	-27,3 (-24,7)
EWU	Geldmenge M3 (y/y)	Februar	10:00	3,2% (3,3%)
USA	Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe	Vorwoche	13:30	210.000 (205.000)
USA	Kansas City Fed Verarbeitende Industrie	März	16:00	3 (5)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,32 (1,55)	10-jährige Bonds	+0,531	4,32%
Volumen NASDAQ	8,04 (8,46)	30-jährige Bonds	+0,703	4,89%

()=Vortag

Die **Anleger** an der Wall Street haben am Mittwoch **auf eine Lösung im Nahost-Konflikt spekuliert** und bei Aktien zugegriffen. Der Dow Jones gewann 0,7 Prozent auf 46.429 Punkte. Der technologielastige Nasdaq rückte 0,8 Prozent auf 21.930 Zähler vor und der breit gefasste S&P 500 legte 0,5 Prozent auf 6592 Stellen zu.

Für bessere Stimmung bei den Anlegern sorgen die **Bemühungen der USA** um eine **Deeskalation am Golf**. "Die Märkte sehen einen möglichen Weg für eine Deeskalation des Krieges", sagte Aleks Spencer, Investmentchef bei Bogart Wealth. Einem hochrangigen iranischen Vertreter zufolge hat Pakistan einen Vorschlag der USA an den Iran übermittelt. Teheran hat bisher öffentlich bestritten, mit der Regierung von US-Präsident Donald Trump zu verhandeln. Medien hatten

berichtet, Washington habe dem Iran einen 15-Punkte-Vorschlag unterbreitet. Dem israelischen Fernsehsender Channel 12 zufolge wollen die USA den Plan während einer vorgeschlagenen Waffenruhe erörtern.

"Der Markt preist derzeit die Aussicht ein, dass Friedensgespräche oder ein Waffenstillstand bevorstehen könnten", sagte Amelie Derambure, Senior Asset-Managerin bei Amundi. Ihrer Einschätzung nach würden sich viele Investoren derzeit positionieren, um eine mögliche "Erholungsrallye" nicht zu verpassen. Mark Hackett, Chef-Marktstrategie bei Nationwide, hält es für einen Erfolg, dass sich die Lage in dieser Woche bislang nicht weiter verschlechtert habe und es zu keiner Eskalation gekommen sei. "Diese Tatsache ist an sich schon eine gute Nachricht", sagte Hackett.

Die **Ölpreise** gaben im Verlauf um rund vier Prozent nach. Zum Ende des Aktienhandels lagen die Sorten **Brent** und **WTI** beide etwa 1,4 Prozent im Minus bei 102,93 und 91,13 Dollar je Fass. Der mit dem Iran-Konflikt verbundene Anstieg der Ölpreise hatte die Inflationssorgen wieder aufleben lassen und Unsicherheit bezüglich der Zinssaussichten der Zentralbanken erzeugt. Laut dem FedWatch Tool der CME Group rechnen die Märkte in diesem Jahr nicht mit einer geldpolitischen Lockerung der **US-Notenbank** Federal Reserve, während vor Ausbruch des Krieges zwei Zinssenkungen erwartet wurden.

Im Halbleitersektor hellte **Arm** die Stimmung auf. Der Konzern hat einen neuen Chip für Rechenzentren für Künstliche Intelligenz (KI) vorgestellt und strebt damit in etwa fünf Jahren einen Jahresumsatz von 15 Milliarden Dollar an. Die Aktien gewannen zeitweise mehr als 20 Prozent, um dann mit einem Plus von 16,4 Prozent zu schließen. Im Fahrwasser ging es für **Nvidia**, **Marvell Technology** und **Intel** zwischen 2,0 und 7,1 Prozent nach oben.

Die Aussicht auf einen nahenden Börsengang von SpaceX sorgt bei dem Fonds **Destiny Tech100** für einen Kurssprung von 15,3 Prozent. SpaceX ist die größte Aktienposition des Fonds, der an privaten Tech- und Wachstumsfirmen beteiligt ist. Aktien der Tech-Firma **Echostar**, die ebenfalls Anteile besitzen, legten um 7,4 Prozent zu. Das Raumfahrt-unternehmen des umstrittenen Milliardärs Elon Musk werde den Emissionsprospekt wohl in dieser oder der kommenden Woche bei den US-Behörden einreichen, schrieb das Nachrichtenportal "The Information".

Keine größeren Auswirkungen auf die Kurse hatte eine **Gerichtsentscheidung** für die Internetfirmen Google und Meta. In einem wegweisenden Prozess um die Abhängigkeit von sozialen Medien haben Geschworene in Los Angeles die Alphabet-Tochter Google und Meta am Mittwoch haftbar gemacht. Beide Konzerne kündigten Berufung an. **Google** notierten knapp 0,2 Prozent im Plus, **Meta** gewannen 0,3 Prozent.

Verkauft wurden dagegen nach einem Managementwechsel die Papiere des Sportschuhherstellers **ON**. Sie verloren 11,2 Prozent an Wert. Zwei der Gründer führen das für seine Laufschuhe bekannte und von Tennis-Star Roger Federer unterstützte Schweizer Unternehmen von Mai an wieder selbst. David Allemann und Caspar Coppetti lösen dann als Co-CEOs Martin Hoffmann ab, der nach 13 Jahren als Finanzvorstand und fünf Jahren als On-Chef eine Auszeit nehmen wolle.

US Unternehmen

Aktionäre haben den US-Serverhersteller **Super Micro Computer** wegen **mutmaßlichen Wertpapierbetrugs** verklagt. In der am Mittwoch bei einem Bundesgericht in San Francisco eingereichten **Sammelklage** werfen die Investoren dem Unternehmen vor, seine Abhängigkeit von illegalen Verkäufen nach China verschleiert zu haben. Dadurch seien die Geschäftsaussichten zu positiv dargestellt und der Aktienkurs künstlich in die Höhe getrieben worden. Die Zivilklage folgt auf strafrechtliche Schmuggelvorwürfe, die am Dienstag gegen Mitgründer Yih-Shyan Liaw und zwei weitere Personen im Zusammenhang mit dem Export von Nvidia-Chips erhoben worden waren. Nach Bekanntwerden der strafrechtlichen Ermittlungen war die Super-Micro-Aktie am 20. März um 33 Prozent eingebrochen, wodurch rund 6,1 Milliarden Dollar an Börsenwert vernichtet wurden. Liaw trat daraufhin aus dem Verwaltungsrat zurück. Neben dem Unternehmen richten sich die Vorwürfe der Aktionäre auch gegen Konzernchef Charles Liang und Finanzchef David Weigand. Super Micro äußerte sich zunächst nicht zu der Klage (Reuters).

Die **US-Postbehörde USPS** will die **Preise für Pakete und Express-Sendungen** wegen der gestiegenen Treibstoffkosten vorübergehend um acht Prozent anheben. Der Aufschlag soll ab dem 26. April gelten und bedarf noch der Zustimmung der Aufsichtsbehörde, teilt USPS mit. Das Standard-Briefporto sei davon nicht betroffen. Die Behörde warnt davor, dass ihr bereits im Oktober das Geld ausgehen könnte. Konkurrenten wie FedEx und UPS erheben USPS zufolge wegen des Iran-Krieges bereits Treibstoffzuschläge von 25 bis 28 Prozent (Reuters).

Marktmeldungen

Die **EU** erwägt Insidern zufolge eine **Änderung ihres Emissionshandels** (ETS), um die durch den Iran-Krieg gestiegenen **Energiepreise** einzudämmen. Konkret solle die automatische Löschung überschüssiger CO₂-Zertifikate beendet werden, um künftige Preisschwankungen zu vermeiden, sagten EU-Vertreter der Nachrichtenagentur *Reuters*. Die Pläne würden derzeit noch intern verhandelt und könnten sich bis zur geplanten Veröffentlichung in der kommenden Woche noch ändern.

Der **Internationale Währungsfonds** (IWF) spielt einem Medienbericht zufolge **Szenarien** durch, welche Länder bei einem länger andauernden Iran-Krieg neue **Finanzhilfen** benötigen könnten. Dies meldet die Agentur *Bloomberg* unter Berufung auf Insider. Der IWF habe seine Länderabteilungen gebeten, Analysen zu Leistungsbilanzen und möglichem Finanzierungsbedarf vorzulegen. Der Schwerpunkt liege dabei auf Staaten, für die bereits Hilfsprogramme laufen. Die Nachrichtenagentur *Reuters* kann den Bericht zunächst nicht unabhängig überprüfen.

Der Krieg im Iran trübt nach Einschätzung der **Zentralbank in Paris** die **wirtschaftlichen Aussichten Frankreichs**. Die genauen Auswirkungen hingen davon ab, wie lange der Konflikt andauere und wie stark die Energiepreise stiegen, teilte die Notenbank mit. In ihrem Basisszenario, das von einer raschen Beilegung und einem vorübergehenden Energieschock ausgeht, erwartet sie für 2026 ein Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent. Im Dezember war sie noch von 1,0 Prozent ausgegangen. Für 2027 wird die Prognose auf 0,8 von 1,0 Prozent gesenkt, bevor sich die Wirtschaft 2028 mit einem Plus von 1,2 Prozent erholen dürfte. Zuvor waren hier 1,1 Prozent veranschlagt worden. Je länger sich der Konflikt hinziehe, desto weiter würden die Ölpreise steigen und desto größer seien die negativen Auswirkungen auf die französische und europäische Wirtschaft, sagte Notenbankchef Francois Villeroy de Galhau der Zeitung "Les Echos". "In keinem Szenario sehen wir jedoch eine Rezession für Frankreich", erklärte er weiter (Reuters).

US-Präsident Donald Trump warnt den **Iran** mit Blick auf das **US-Verhandlungsangebot** davor, sich nicht wieder zu verkalkulieren und **droht mit beispielloser Härte**. Falls der Iran seine Niederlage nicht anerkenne, sei Trump bereit, den Iran "härter als jemals zuvor" zu treffen, sagt die Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, vor Journalisten (Reuters).

Der **Iran** macht Insidern zufolge die **Einbeziehung des Libanon** zur **Bedingung für ein mögliches Waffenruhe-Abkommen** mit den USA und Israel. Teheran habe Vermittlern mitgeteilt, dass ein Ende des Krieges an einen Stopp der israelischen Offensive gegen die Hisbollah-Miliz geknüpft sei, sagen sechs mit dem Vorgang vertraute Personen. Ein hochrangiger iranischer Vertreter erklärt der Nachrichtenagentur *Reuters*, die Regierung in Teheran prüfe derzeit noch einen US-Vorschlag zur Beendigung des regionalen Konflikts. Stellungnahmen der beteiligten Regierungen liegen zunächst nicht vor.

Der **Iran** führt nach Angaben von **Außenminister** Abbas Aragtschi **keine direkten Verhandlungen mit den USA**. Zwar sende Washington über verschiedene Vermittler Botschaften, dies bedeute jedoch keine Verhandlungen, sagt Aragtschi. Die oberste Führung in Teheran prüfe derzeit die vorliegenden Vorschläge. Der Iran strebe keinen Krieg an, fordere aber ein dauerhaftes Ende des Konflikts sowie Entschädigungen für die Zerstörungen, erklärt der Minister weiter. Die USA haben nach seinen Worten ihre Kriegsziele wie einen schnellen Sieg und einen Regimewechsel verfehlt. Aragtschi ruft zudem die Nachbarstaaten auf, auf Distanz zu den USA zu gehen (Reuters).

Geheimdienstinformationen deuten nach den Worten des **iranischen Parlamentspräsidenten** Mohammad Bagher Ghalibaf darauf hin, dass **"Feinde"** die **Besetzung einer iranischen Insel** planen. Dies solle mit **Unterstützung eines**

namentlich nicht genannten Landes aus der Region geschehen, teilt Ghalibaf auf X mit. "Die iranischen Streitkräfte beobachten die Bewegungen des Feindes", schreibt er weiter. Sollten diese aktiv werden, werde der Iran die **lebenswichtige Infrastruktur** in dem unterstützenden Land mit **ständigen und unerbittlichen Angriffen** überziehen (Reuters).

Der **Iran** könnte eine neue Front an der **Meerenge Bab al-Mandab** eröffnen, sollten Angriffe auf iranisches Staatsgebiet oder seine Inseln erfolgen. Dies meldet die halbstaatliche iranische Nachrichtenagentur Tasnim unter Berufung auf einen namentlich nicht genannten Militärvertreter. Die strategisch wichtige Wasserstraße verbindet das Rote Meer mit dem Golf von Aden und ist eine der wichtigsten Routen für den weltweiten Seehandel (Reuters).

Kuwait, die **Vereinigten Arabischen Emirate**, **Bahrain**, **Saudi-Arabien**, **Katar** und **Jordanien** fordern den **Irak** auf, umgehend **Maßnahmen gegen Angriffe von seinem Staatsgebiet** auf Nachbarländer zu ergreifen. Der Aufruf diene dem Erhalt der "brüderlichen Beziehungen" und solle eine weitere Eskalation vermeiden, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der sechs arabischen Staaten. Seit Beginn des Krieges der USA und Israels gegen den Iran bekennen sich vom Iran unterstützte irakische Milizen zu Angriffen auf mehrere US-Stützpunkte in der Region (Reuters).

Russland versucht nach **Angaben des ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj, die **USA zu erpressen**. Die Regierung in Moskau biete an, den Austausch von militärischen Geheimdienstinformationen mit dem Iran zu stoppen, sagt Selenskyj der Nachrichtenagentur *Reuters*. Im Gegenzug solle Washington der Ukraine keine Geheimdienstdaten mehr zur Verfügung stellen. Dies gehe aus Berichten der ukrainischen Geheimdienste hervor, erklärt er weiter. Zudem enthalten Selenskyj zufolge einige iranische Drohnen, die bei Angriffen auf US-Ziele im Nahen Osten eingesetzt werden, russische Bauteile. Russland weist eine Unterstützung des Irans im Krieg gegen die USA und Israel zurück.

Die **USA** machen ihre für ein Friedensabkommen zugesagten **Sicherheitsgarantien** nach Angaben des **ukrainischen Präsidenten** Wolodymyr Selenskyj von großräumigen **Gebietsabtretungen** abhängig. Die Regierung in Washington verlange, dass der gesamte Donbass im Osten der Ukraine an Russland abgegeben werde, sagte Selenskyj der Nachrichtenagentur *Reuters* in einem Interview. Präsident Donald Trump dränge auf ein schnelles Ende des vor vier Jahren durch die russische Invasion ausgelösten Krieges. Dies liege an dem Konflikt der USA mit dem Iran. "Der Nahe Osten hat definitiv Auswirkungen auf Präsident Trump und, wie ich glaube, auf seine nächsten Schritte", erklärte Selenskyj. Trump wähle bedauerlicherweise weiterhin eine Strategie, die den **Druck auf die ukrainische Seite** erhöhe.

Bei einem **Drohnenangriff** in der nordwestrussischen Region **Leningrad** ist nach Angaben der örtlichen Behörden ein Industriegebiet beschädigt worden. Insgesamt seien 20 Drohnen über der Region an der Ostsee abgeschossen worden, teilt Gouverneur Alexander Drosdenko mit. Verletzte habe es nach ersten Erkenntnissen nicht gegeben (Reuters).

Bei **russischen Angriffen** auf die nordostukrainische Stadt **Charkiw** und die umliegende Region kommen zwei Menschen ums Leben. Eine in der Stadt verletzte Frau erliegt ihren Verletzungen im Krankenhaus, teilen die Staatsanwälte der Region auf Telegram mit. Eine russische Drohne tötet einen Mann in seinem Auto in einem Bezirk näher an der Grenze. Insgesamt werden neun Menschen bei Angriffen auf zwei Stadtbezirke verletzt (Reuters).

US-Präsident Donald Trump reist am 14. und 15. Mai zu einem **Staatsbesuch** nach **China**. Dort werde er mit dem **chinesischen Staatschef** Xi Jinping zusammentreffen, teilte die Sprecherin des Weißen Hauses, Karoline Leavitt, am Mittwoch mit. Später werde Xi zu einem Gegenbesuch in Washington erwartet. Ursprünglich war Trumps Reise für die kommende Woche geplant (Reuters).

Die **USA** haben eine **Belohnung von bis zu drei Millionen Dollar** für **Informationen über die finanziellen Aktivitäten von Banden in Haiti** ausgesetzt. Die Regierung in Washington stellte am Mittwoch Informanten zudem eine Umsiedlung in die USA in Aussicht. Die Ermittlungen richten sich gegen die Bündnisse Viv Ansanm und Gran Grif. Diese vereinen Hunderte Banden in der Hauptstadt Port-au-Prince sowie in weiteren Regionen des Landes. Damit setzen die Vereinigten Staaten auf eine neue Strategie. Bislang wurden Kopfgelder auf einzelne Bandenführer ausgesetzt (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Der südkoreanische Autobauer **Hyundai Motor** will seinen **Absatz in China** mittelfristig mehr als verdoppeln und plant eine **Modelloffensive in Nordamerika**. Man strebe an, jährlich 500.000 Fahrzeuge in China zu verkaufen, sagte Konzernchef Jose Munoz auf der Hauptversammlung. Zudem wolle Hyundai bis 2030 insgesamt 36 neue Modelle in Nordamerika einführen, dem profitabelsten Markt des Unternehmens. Die Modellpalette umfasse Elektro-, Hybrid- und Benzinvarianten (Reuters).

Industrie

Die **Bedrohung Deutschlands durch Russland** steigt nach Einschätzung des Bundeswehrverbands täglich - und zwingt zu viel mehr Tempo bei der Aufrüstung. Die **Rüstungsindustrie** hierzulande müsse ihre Kapazitäten erweitern und endlich im Schichtbetrieb arbeiten, "um bei weiterer Eskalation in eine Art Kriegswirtschaft zu gelangen", forderte Verbandschef André Wüstner im *"Handelsblatt"*. "Nicht nur die Osteuropäer sprechen bereits von einer Vorkriegsphase und stärken ihre Verteidigungsfähigkeit mit Hochdruck. Das müssen auch wir jetzt tun!" Dass Russland unter Kremlchef Wladimir Putin, der den Einmarsch in die Ukraine befohlen hat, erst 2029 zu einer Konfrontation mit der Nato bereit sei, sei nichts als Wunschdenken, mein Wüstner. "Die Gefahr besteht bereits jetzt - und sie wird täglich größer. Durch das Verhalten von US-Präsident Donald Trump, auf den kein Verlass sei, und durch Europas militärische Schwäche sei eine "Abschreckungslücke" entstanden, die schnellstens geschlossen werden müsse.

Die Gespräche über einen Verkauf der **Stahlsparte** von **Thyssenkrupp** an die indische **Jindal Steel International** könnten Insidern zufolge an Differenzen über Pensionslasten, Energiekosten und Investitionen scheitern. Zwar dauerten die Verhandlungen an, doch erscheine eine Einigung nach knapp sechs Monaten der Gespräche mitsamt internen Betriebsprüfungen unwahrscheinlicher, sagten vier mit dem Vorgang vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters*. Bereits im kommenden Monat könnten beide Konzerne entscheiden, künftig weiter getrennte Wege zu gehen, sagte einer der Insider. Gescheitert seien die Gespräche aber nicht, auch eine Einigung sei noch möglich.

Konsumgüter

Der Düsseldorfer Konsumgüterkonzern **Henkel** steht einem Medienbericht zufolge vor der Übernahme des US-Haarpflegeunternehmens **Olaplex**. Die Verhandlungen seien weit fortgeschritten, berichtete die Nachrichtenagentur *Bloomberg* unter Berufung auf Insider. Der Deal bewerte Olaplex mit etwa zwei Dollar je Aktie. Eine Einigung könnte in den kommenden Tagen verkündet werden. Die Olaplex-Aktie legte nachbörslich um über 14 Prozent auf 1,52 Dollar zu.



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

